

Positionierung

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

INITIATIVE HESSEN FILM

DIE LINKE Hessen ist sich über die schwierige Position von Kunstschaffenden in Hessen bewusst. Auch wenn es mittlerweile vermehrt Förderprogramme gibt, so sind diese oft mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden, brauchen lange Zeit in der Bearbeitung, sind zeitlich begrenzt und meistens auch nicht ausreichend.

Die Corona-Pandemie hat die Lebenssituation vieler Kunstschaffender drastisch erschwert, die Folgen sind noch deutlich sicht- und spürbar.

Der Masterplan Kultur war ein erster, aber nicht ausreichender Schritt, um Kunst und Kultur in Hessen zu stärken. Leider sind – auch im Film- und Kinobereich – ganze Zweige unberücksichtigt geblieben. Dies möchten wir in einem erweiterten Masterplan nachholen.

DIE LINKE Hessen wird die nachvollziehbare Forderung über eine Steigerung der Fördermittel um 3 Mio. jährlich über die nächste Legislatur in die nächsten Haushaltsverhandlungen des Landes Hessen aufnehmen. Auch werden wir die Schaffung eines hessischen Film- und Medienzentrums unterstützen.

Der Erhalt von Kinos, insbesondere kleine und kommunale Kinos, liegt uns sehr am Herzen. Kino ist ein Ort kultureller Praxis, denn im Kinosaal werden Menschen zusammengeführt, die sich mit geschichtlichen, gesellschaftsrelevanten und politischen Themen auseinandersetzen und durch künstlerisch-ästhetische Wahrnehmungen neue Selbsterfahrungen erleben. Deshalb muss es einen ausreichend ausfinanzierten, verlässlichen und dynamischen Filmetat geben, der die „Kinogrundsicherung“ abbilden sollte.

Alles in allem darf sich Hessen nicht von anderen Bundesländern weiter abhängen lassen. Die Potentiale hier sind groß, das zeigen auch die Neuansiedlungen von Filmproduktionen und -verleihern unter nicht einfachen Bedingungen. Die Mittel für die Produktionsförderung müssen erhöht werden, um diesen Trend beibehalten zu können.

Wir wollen Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern. Bund, Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen, um Tariffucht zu vermeiden und eine große Vielfalt der kulturellen Angebote im Bestand samt den notwendigen Investitionen dafür sichern können.